

Jahrgang 33, Nr. 7 vom 29.06.2022

AMTSBLATT

für die Stadt Königs Wusterhausen

Amtlicher Teil

Baumschutzsatzung der Stadt Königs Wusterhausen	Seite	60
Öffentliche Zustellung gemäß §10 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG)	Seite	64
Öffentliche Bekanntgabe des Landkreises Dahme-Spreewald, Kataster- und Vermessungsamt, über die Offenlegung des Liegenschaftskatasters gemäß § 17 Absatz 2 des Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Vermessungsgesetz-BbgVermG) in der jeweils gültigen Fassung	Seite	64
Öffentliche Zustellung Vermessungsingenieure.....	Seite	66
Beschlüsse der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 13.06.2022.....	Seite	66
Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 13.06.2022.....	Seite	67
Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 23.05.2022.....	Seite	68
Beschlüsse der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates Diepensee am 10.05.2022.....	Seite	68
Einladung der Jagdgenossenschaft Senzig und der Angliederungsgenossenschaft Senzig Flur4 zur Genossenschaftsversammlung.....	Seite	68

Nichtamtlicher Teil

Klappbrücke über den Nottekanal ist geöffnet.....	Seite	69
Wahl des Seniorenbeirates.....	Seite	69
Anträge für den Innenstadtfonds können ab sofort gestellt werden	Seite	69
Erziehungs- und Familienberatungsstelle an neuem Standort.....	Seite	69
Ausbildungsplätze zur / zum Verwaltungsfachangestellten (m/w/d).....	Seite	70

Impressum

Herausgeber:	Stadt Königs Wusterhausen, Die Bürgermeisterin
Herstellung:	ELRO-Verlag in Zusammenarbeit mit der Pressestelle der Stadtverwaltung, Schlossstraße 3, 15711 Königs Wusterhausen, Tel. (03375) 273-330, E-Mail: presse@stadt-kw.de
Verantwortlich:	Reik Anton
Erscheinungsweise:	nach Bedarf
Auflage:	20.000
Bezugsmöglichkeiten:	Das Amtsblatt für die Stadt Königs Wusterhausen erscheint nach Bedarf und wird im Verwaltungsgebäude der Stadt Königs Wusterhausen, Schlossstraße 3, zur kostenlosen Mitnahme ausgelegt. Es kann auch im Internet unter www.koenigs-wusterhausen.de sowie gegen Erstattung der Porto- und Versandkosten einzeln oder im Abonnement über den Fachbereich Zentrale Dienste der Stadtverwaltung, Schlossstraße 3, der Stadt Königs Wusterhausen bezogen werden. Darüber hinaus wird das Amtsblatt der Stadt Königs Wusterhausen einzeln oder mit der städtischen Publikation „Rathaus aktuell“ als Beilage zur Wochenzeitung „KaWeKurier“ kostenlos an die Haushalte innerhalb des Gebietes der Stadt Königs Wusterhausen verteilt. Die Verteilung des Amtsblattes wird nur als Serviceleistung vorgenommen und folglich besteht hierauf weder ein Rechtsanspruch noch ist gewährleistet, dass das Amtsblatt alle Haushalte erreicht.
Druck:	Berliner Zeitungsdruck

Baumschutzsatzung der Stadt Königs Wusterhausen

Stadt Königs Wusterhausen
Die Bürgermeisterin

Auf Grund der §§ 3, 28 Abs. 2 Nr. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf.) vom 18.12.2007, (GVBl Teil I S. 286) und §§ 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) vom 31. März 2004 (GVBl. 1/04, [Nr. 08], S. 174) in Verbindung mit §§ 22 (2) und 29 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) v. 29. Juli 2009 (BGBl. S. 2542) sowie § 8 (2) des Brandenburgischen Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz – BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I Nr. 3) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Königs Wusterhausen in ihrer Sitzung am 21.02.2022 folgende Satzung beschlossen:

Inhaltsübersicht:

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Schutzgegenstand (§2 Abs. 6 Ausnahmen und Anzeigepflicht)
- § 3 Schutz- und Pflegemaßnahmen
- § 4 verbotene Handlungen
- § 5 Zulässige Handlungen
- § 6 Ausnahmen (Fällgründe)
- § 7 Richtlinie zur Förderung von Baumpflegemaßnahmen
- § 8 Antrag/ Verfahren
- § 9 Baumschutz im Bauvorhaben
- § 10 Ersatzpflanzungen/ Ausgleichszahlung
- § 11 Folgebeseitigung
- § 12 Ordnungswidrigkeiten
- § 13 Gebühren
- § 14 In-Kraft-Treten

§ 1 Geltungsbereich, Schutzzweck

(1) Der Geltungsbereich dieser Satzung beschränkt sich auf die im Zusammenhang bebauten Ortsteile und den Geltungsbereich der Bebauungspläne bzw. der Vorhaben- und Erschließungspläne mit Grünordnungsplänen sowie vorhabenbezogenen Bebauungsplänen im Gebiet der Gemarkungen Königs Wusterhausen, Deutsch Wusterhausen, Kablow, Niederlehme, Senzig, Wernsdorf, Zeesen und Zernsdorf.

(2) Zweck dieser Satzung ist es, den Bestand an Bäumen, Hecken und Sträuchern im Geltungsbereich der Satzung zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und zur Belebung, Gliederung und Pflege des Orts- und Landschaftsbildes zu erhalten, zu pflegen und zu entwickeln. Insbesondere soll diese Satzung die landschaftsprägende und ökologische Bedeutung von einheimischen, standortgerechten Laub- und Nadelgehölzen und älteren Obstgehölzen sowie den Erhaltungs- und Neuentwicklungsbedarf an dafür geeigneten Standorten unterstreichen. Die Satzung soll weiterhin darauf hinwirken, abgestorbene Bäume oder Totholz am Standort zu erhalten, um die Verluste an derartigen besonders wichtigen Lebens-, Entwicklungs- oder Überwinterungsstätten für davon abhängige Tierarten zu mindern. Diese Satzung regelt den schonenden und ordnungsgemäßen Umgang mit Bäumen, Hecken, Sträuchern und Feldgehölzen und dient damit den Anforderungen der Allgemeinheit an Natur und Landschaft.

§ 2 Schutzgegenstand

(1) Die Bäume, Hecken, Sträucher und Feldgehölze im Geltungsbereich dieser Satzung werden im nachstehend bezeichneten Umfang zu geschützten Landschaftsbestandteilen erklärt.

(2) Im Geltungsbereich nach § 1 Abs. 1 dieser Satzung sind geschützt:

1. Bäume mit einem Stammumfang von mindestens 60 cm;
2. Eibe, Rotdorn, Weißdorn, Kornelkirsche, Eberesche und Stechpalme mit einem Stammumfang von mindestens 20 cm;
3. mehrstämmig ausgebildete Bäume, wenn wenigstens zwei Stämme einen Stammumfang von mindestens 25 cm aufweisen;
4. Hecken, Sträucher und Feldgehölze ab 180 cm Höhe;
5. Obstbäume mit einem Stammumfang von mindestens 100 cm, Walnuss und Esskastanien bereits ab 60 cm;

6. Fassadenbegrünungen, wenn sie als Ersatz- oder Ausgleichspflanzung angelegt wurden;
7. Bäume, mit einem geringeren Stammumfang sowie Hecken, Sträucher, Kletterpflanzen und Feldgehölze von weniger als 180 cm Höhe, wenn sie aus landeskulturellen Gründen, insbesondere als Ersatzpflanzungen entsprechend § 10 dieser Baumschutzsatzung oder auf Grund einer anderen Satzung, eines Bebauungsplanes, Vorhaben- und Erschließungsplanes oder Grünordnungsplanes, auf Grund einer Baugenehmigung oder als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme nach §§ 12 oder 14 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes zu erhalten sind.

(3) Der Stammumfang von Bäumen ist in einer Höhe von 130 cm über dem Erdboden zu messen. Liegt der Kronenansatz unter dieser Höhe, ist der Stammumfang unmittelbar unter dem Kronenansatz maßgebend.

(4) Der Schutz von Bäumen als Naturdenkmal sowie von Nist-, Brut- und Lebensstätten richtet sich nach den §§ 28, 39 des BNatSchG. Allelen und Streuobstbestände sind entsprechend §§ 17, 18 des BbgNatSchAG geschützt. Befreiungen davon regeln sich nach § 67 des Bundesnaturschutzgesetzes.

(5) Die Stadt Königs Wusterhausen kann in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde Parkanlagen und ähnliche Einrichtungen, die unter geeigneter fachlicher Leitung stehen, auf Antrag von der Anwendung dieser Satzung ausnehmen.

(6) Diese Satzung gilt nicht für:

1. Obstbäume mit Ausnahme der in Abs.2 Nr. 5 genannten;
2. Pflegeschritte an Zierschnitthecken oder Ziersträuchern;
3. Wald im Sinne des Waldgesetzes des Landes Brandenburg in der jeweils geltenden Fassung; die Entscheidung über die Waldeigenschaft trifft die zuständige Forstbehörde und ist vom Grundstückseigentümer einzuholen;
4. Bäume und Sträucher in Baumschulen und Gärtnereien, wenn diese gewerblichen Zwecken dienen;
5. Bäume in kleingärtnerisch genutzten Einzelgärten einer Kleingartenanlage im Sinne des § 1 Abs.1 des Bundeskleingartengesetzes in der jeweils geltenden Fassung;
6. nach der Errichtung eines genehmigungs- oder anzeigepflichtigen Gebäudes ohne Pflanzauflage gepflanzte oder ausgesetzte Bäume und Sträucher, die mit ihrem Stammfuß dichter als 2 m an dem zu schützenden Gebäude stehen und dieses auf Grund ihres Wurzel- und Kronenwachstums beschädigen können;
7. Abgestorbenen Bäume, welche nicht als Ersatz gepflanzt wurden, Pappeln, Eschenahorn, Fichten, Douglasien und Thuja.

Die vorgesehene Fällung bzw. Rodung oder Kroneneinkürzung der Gehölze aus Nr. 6 und 7 sind der Stadt Königs Wusterhausen, mindestens 14 Tage vorher schriftlich anzuzeigen. Der Anzeige ist eine Bestandskizze beizufügen, aus dem alle auf dem Grundstück befindlichen geschützten Landschaftsbestandteile ersichtlich sind. Die zur Entfernung vorgesehenen Gehölze sind entsprechend zu kennzeichnen. Nutzungsberechtigte haben die Zustimmung des Eigentümers vorzulegen. Mit der Fällung darf erst nach erfolgter Kontrolle durch die zuständigen Mitarbeiter der Stadt Königs Wusterhausen bzw. der Baumschutzbeauftragten begonnen werden.

§ 3 Schutz- und Pflegemaßnahmen

(1) Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigte und Nutzungsberechtigte von Grundstücken haben die auf ihren Grundstücken stehenden geschützten Landschaftsbestandteile zu erhalten, zu pflegen und schädigende Einwirkungen im Kronen-, Stamm-, und dem durch die Kronentraufe begrenzten Wurzelbereich zu unterlassen. Schäden an geschützten Landschaftsbestandteilen sind durch den Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigten oder Nutzungsberechtigten fachgerecht zu behandeln. Die Stadt Königs Wusterhausen berät und unterstützt die Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigten und Nutzungsberechtigten hierbei.

(2) Die Durchführung bestimmter zum Schutz, zur Pflege und Erhaltung geschützter Landschaftsbestandteile erforderlicher Maßnahmen kann durch die Stadt Königs Wusterhausen gegenüber den Grundstückseigentümern, Erbbauberechtigten oder Nutzungsberechtigten angeordnet werden. Ferner kann gegenüber den Grundstückseigentümern, Erbbauberechtigten oder

Nutzungsberechtigten angeordnet werden, dass diese die Durchführung bestimmter zum Schutz, zur Pflege und Erhaltung geschützter Landschaftsbestandteile erforderlicher Maßnahmen durch die Stadt Königs Wusterhausen zu dulden haben (§ 25 BbgNatSchAG i.V.m. mit § 65 BNatSchG).

§ 4 Verbotene Handlungen

(1) Es ist verboten, die geschützten Landschaftsbestandteile zu beseitigen, zu zerstören, zu beschädigen oder in ihrem Aufbau wesentlich zu verändern. Eine wesentliche Veränderung des Aufbaus eines geschützten Landschaftsbestandteiles liegt vor, wenn Eingriffe vorgenommen werden, welche das charakteristische Erscheinungsbild erheblich verändern oder das weitere Wachstum beeinträchtigen können. Eine Beschädigung im Sinne von Satz 1 liegt insbesondere vor, wenn der Wurzelbereich, die Rinde, der Stamm oder bei geschützten Bäumen die Krone in der Weise verändert werden, dass

Langzeitschäden oder ein vorzeitiges Absterben des Baumes eintreten können. Der Wurzelbereich umfasst dabei die Bodenfläche unter der Baumkrone zuzüglich 1,5 m, bei Säulenhäusern zuzüglich 5,0 m nach allen Seiten. Als wesentliche Veränderung des Aufbaus von Bäumen gilt auch der Kronenschnitt zur Herstellung von Kopfbäumen und die Kronenkappung.

(2) Verbotene Veränderungen des Wurzelbereiches i. S. d. Abs. 1 sind insbesondere:

1. Abgrabungen, Ausschachtungen oder Aufschüttungen oder Verdichtungen im geschützten Wurzelbereich nach Abs. 1;
2. die mehr als 30 %ige Befestigung des durch die Kronentraufe begrenzten Wurzelbereiches mit einer wasserundurchlässigen Decke;
3. das Lagern oder Ausbringen von Baumaterialien, flüssigen oder festen Schadstoffen wie z. B. Salzen, Säuren, Ölen, Laugen, Farben, Abwässern oder anderen analog wirkenden Stoffen;
4. das Ausbringen von Herbiziden oder Freisetzen von Gasen;
5. die Verhinderung der natürlichen Wasserzufuhr;
6. Eingriffe, welche die Standsicherheit des Schutzgegenstandes beeinträchtigen oder aufheben. Das Entfachen oder Unterhalten von offenem Feuer im Kronentraufbereich von Bäumen.

(3) Zu den Verboten des Abs. 1 gehören auch das Einschlagen von Nägeln, Zwecken, Krammen und sonstigen Fremdkörpern in den Baumstamm, das Umwickeln mit Draht und das Einritzen der Rinde und andere mechanische Beschädigungen.

(4) Fällungen und wesentliche Veränderungen der Baumkrone durch Schnittmaßnahmen in der Vegetationsperiode vom 01. März bis 30. September sind entsprechend § 39 des Bundesnaturschutzgesetzes verboten.

§ 5 Zulässige Handlungen

(1) Nicht unter die Verbote nach § 4 fallen fachgerechte Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen, insbesondere:

1. die Beseitigung abgestorbener Äste im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht;
2. die Behandlung von Wunden;
3. die Beseitigung von Krankheitsherden;
4. die sachgemäße Belüftung und Wässerung des Wurzelwerkes;
5. der Pflege- oder Aufbauschnitt an bestehenden Kopfbäumen; der Erziehungsschnitt an Jungbäumen;
6. der pflanzentypische Rückschnitt von Sträuchern und Hecken zum Zweck der natürlichen Verjüngung.

(2) Nicht unter die Verbote nach § 4 fallen ferner unaufschiebbare Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Personen oder für Sachen von bedeutendem Wert. Die getroffenen Maßnahmen sind der Stadt Königs Wusterhausen unverzüglich anzuzeigen. Der gefällte Baum, die Hecke, der Strauch, das Feldgehölz oder die entfernten Teile sind mindestens 10 Tage nach Anzeige zur Kontrolle bereitzuhalten (ausgenommen Quarantäneschädlinge).

§ 6 Ausnahmen

(1) Die Stadt Königs Wusterhausen kann im Einzelfall auf Antrag des Grundstückseigentümers, Erbbauberechtigten, Nutzungsberechtigten oder

des Inhabers einer schriftlichen Vollmacht o. g. Personen Ausnahmen von den Verboten nach § 4 zulassen, wenn:

1. eine nach baurechtlichen oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften zulässige oder andere begründete Nutzung des Grundstücks sonst nicht oder nur unter unzumutbaren Beschränkungen verwirklicht werden kann;
2. der geschützte Landschaftsbestandteil krank oder in seiner Vitalität erheblich beeinträchtigt ist und die Erhaltung auch unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses daran mit zumutbarem Aufwand nicht möglich ist;
3. von dem geschützten Landschaftsbestandteil Gefahren für Personen oder für Sachen von bedeutendem Wert ausgehen und die Gefahren nicht auf andere Weise mit zumutbarem Aufwand beseitigt werden können;
4. die Beseitigung des geschützten Landschaftsbestandteils aus überwiegend auf andere Weise nicht zu verwirklichen öffentlichen Interesse dringend erforderlich ist;
5. der Eigentümer, Erbbauberechtigte oder Nutzungsberechtigte auf Grund von Rechtsvorschriften verpflichtet ist, den geschützten Landschaftsbestandteil zu entfernen oder zu verändern und er sich nicht in zumutbarer Weise von dieser Verpflichtung befreien kann;
6. eine Vereinzelung (aus Konkurrenzgründen) zur Förderung des arttypischen Wuchses unter Berücksichtigung des Erscheinungsbildes der verbleibenden Gehölze notwendig ist.

§ 7 Förderung von Baumpflegemaßnahmen zum Erhalt von Großbäumen auf Privatgrundstücken

Gemäß Anlage 2 der Baumschutzsatzung.

§ 8 Antrag auf Ausnahmegenehmigung, Verfahren

(1) Ausnahmen nach § 6 sind bei der Stadt Königs Wusterhausen schriftlich unter Verwendung des vorgesehenen Antragsformulars und unter Angabe der Gründe zu beantragen. Dem Antrag ist ein Bestandsplan beizufügen, aus dem alle auf dem Grundstück befindlichen geschützten Landschaftsbestandteile nach Standort, Art, Stammumfang und bei Hecken, Sträuchern oder Feldgehölzen nach Standort, Art, und flächiger Ausdehnung ersichtlich sind. Die zur Entfernung beantragten Gehölze sind entsprechend zu kennzeichnen.

(2) Nutzungsberechtigte haben die Zustimmung des Grundstückseigentümers zum Antrag nachzuweisen. Die Antragsformulare sind im zuständigen Fachbereich der Stadt Königs Wusterhausen und im Bürgerservice, Schlossstraße 3 erhältlich sowie unter www.koenigs-wusterhausen.de abrufbar.

(3) Auf der Grundlage des Antrages erfolgt eine Ortsbesichtigung durch einen zuständigen Mitarbeiter der Stadt Königs Wusterhausen; „§ 25 Abs. 3 i.V. m. § 30 Abs. 3 des Brandenburgischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz bleiben unberührt.“ Im Anschluss daran wird eine zusammenfassende Beurteilung und Entscheidung getroffen.

(4) Die Entscheidung über einen Ausnahmeantrag ist schriftlich zu erteilen. Sie ist gebührenpflichtig entsprechend der Gebührensatzung der Stadt Königs Wusterhausen. Eine Genehmigung ergeht unbeschadet privater Rechte Dritter und kann Nebenbestimmungen, insbesondere Auflagen, Bedingungen und Widerrufsvorbehalte enthalten. Sie ist mit einer Ersatzpflanzung oder Ausgleichszahlung nach § 10 zu verbinden; hiervon kann abgesehen werden, wenn die Erhaltung des Schutzzwecks nach § 1 Abs. 2 durch anderweitige Maßnahmen sichergestellt ist. Die Genehmigung einschließlich der nach § 10 festgesetzten Ersatzpflanzungen oder Ersatzzahlungen gilt auch für und gegen den Rechtsnachfolger des Grundstückseigentümers. Die Genehmigung ist auf ein Jahr nach Bestandskraft des Bescheides zu befristen. Auf schriftlichen Antrag kann die Frist einmalig um ein Jahr verlängert werden.

(5) Die Stadtverordnetenversammlung kann Baumschutzbeauftragte bestellen. Die Beauftragten sind ehrenamtlich tätig. Sie nehmen kontrollierende (Kontrolle der Ersatzpflanzungen vor Ort) und beratende (Hinweise zur Umsetzung der Ersatzpflanzungsaufgaben) Tätigkeiten wahr. Darüber hinaus erhalten Sie die Befugnis bei Fällmaßnahmen vor Ort die Genehmigung einzusehen um ggf. illegale Fällungen zu unterbinden.

§ 9 Baumschutz bei Bauvorhaben

(1) Wird für ein Grundstück, auf dem geschützte Landschaftsbestandteile stehen bzw. welches von Bäumen der angrenzenden Grundstücke überragt wird, ein nach § 54 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) in der jeweils geltenden Fassung genehmigungspflichtiges Vorhaben beantragt, so sind im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 8 der Bauvorlagenverordnung des Landes Brandenburg in der jeweils geltenden Fassung in einem Bestandsplan diese geschützten Bäume mit Standort, Art, Höhe, Stammumfang und Kronendurchmesser und die übrigen geschützten Landschaftsbestandteile mit einer Flächensignatur einzutragen und mit dem Bauantrag der Unteren Bauaufsichtsbehörde des Landkreises zuzuleiten.

(2) Bei der Vorhabensplanung ist § 3 Satz 1 dieser Satzung zu beachten: Der Grundstückseigentümer und Bauherr ist verpflichtet die Bäume, Pflanzbestände und Vegetationsflächen während der gesamten Baumaßnahme zu schützen. Insbesondere sind auf seine Kosten folgende Pflege-, Erhaltungs- und Schutzmaßnahmen zu treffen:

- Einzäunung und Bohlenummantelung als Schutz des Stammes von Gehölzen gegen mechanische Einwirkungen,
- Abdecken des Wurzelbereiches mit geeignetem Material als Schutz gegen Verfestigung und Beschädigung durch Befahren oder durch Materialablagerungen,
- Bewässerung von Bäumen bei und nach notwendigen Schachtarbeiten im Wurzelbereich,
- Verwendung geeigneter Materialien bei nicht zu vermeidenden Bodenüberdeckungen im Wurzelbereich von Bäumen zur Sicherung des Luftaustausches und des Wasserhaushaltes,
- Anwendung von senkrechtem Baugrubenverbau,
- Wurzelbehandlung,
- Handschachtung im Wurzelbereich.

(3) Wird die Baugenehmigung für ein Vorhaben beantragt, bei dem geschützte Landschaftsbestandteile zerstört, beschädigt oder in ihrem Aufbau wesentlich verändert werden sollen, so ist gleichzeitig mit dem Bauantrag ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung nach § 8 dieser Satzung bei der Stadt Königs Wusterhausen, einzureichen.

(4) Die Beseitigung von geschützten Landschaftsbestandteilen in Bebauungsplangebiet wird, soweit festgeschrieben, im Rahmen der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung ausgeglichen. Im Übrigen gilt die Baumschutzsatzung.

(5) Maßnahmen zur alternativen Energiegewinnung (z.B. Flächenkollektoren zur Erdwärmegewinnung oder Solaranlagen usw.), Medienserschließungen sowie Rundfunk- und Fernsehempfänger sind so zu planen und auszuführen, dass der vorhandene geschützte Baumbestand erhalten wird.

§ 10 Ersatzpflanzung, Ausgleichszahlung

(1) Mit Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 8, wird dem Antragsteller auferlegt, als Ersatz Bäume in bestimmter Anzahl, Art und Größe auf seine Kosten zu pflanzen und zu erhalten. Bei der Berechnung der Ersatzmaßnahmen soll der lt. Satzung geschützte Bewuchs des Grundstücks Berücksichtigung finden.

(2) Die Ersatzpflanzung bestimmt sich in der Regel nach dem Stammumfang, dem Zustand, der Vitalität und der Art des zu entfernenden Baumes. Beträgt der Stammumfang in 130 cm Höhe über dem Erdboden bis zu 120 cm, ist als Ersatz für einen Laubbaum ein heimischer großkroniger Laubbaum mittlerer Baumschulqualität, Stammumfang (in 100 cm Höhe über dem Erdboden) mindestens 14 cm, zu pflanzen. Als Ersatz für einen Nadelbaum ein heimischer großkroniger Laubbaum mittlerer Baumschulqualität, Stammumfang mindestens 14 cm, ein heimischer Nadelbaum von mindestens 125 cm Höhe oder ein heimischer großkroniger Obstbaum (Hochstamm mit einer späteren Wuchshöhe von mind. 8,00 Meter). Beträgt der Stammumfang mehr als 120 cm, ist für jede weiteren angefangenen 50 cm Stammumfang ein zusätzlicher Baum gleicher Pflanzqualität zu pflanzen. In Abhängigkeit von der Vitalität und dem Zustand des zu entfernenden Baumes kann die Anzahl der Ersatzpflanzungen gemindert werden. Hecken und Sträucher sind im Verhältnis 1:1 durch heimische Pflanzen zu ersetzen. Die Größe der neu zu pflanzenden Hecken hat bei der Pflanzung mindestens 60-80 cm, die spätere Wuchshöhe mindestens

180 cm zu betragen. Bei der Neupflanzung von Hecken sind in der Regel 3 Pflanzen pro lfd. Meter vorzusehen. Bei Sträuchern sind mehrtriebige, einheimische Arten mit einer Pflanzgröße von mindestens 100 cm (Solitär) und einer späteren Wuchshöhe von mindestens 180 cm zu pflanzen.

(3) Die Stadt Königs Wusterhausen kann den Antragsteller verpflichten, Teile des beseitigten Landschaftsbestandteiles bereitzustellen, insbesondere wenn Baumteile mit Baumhöhlen anfallen. Die Teile sind im Sinne des § 1 Abs. 2 zweckgebunden für die Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes zur Aufrechterhaltung der Biotopstrukturierung und Biotopvernetzung sowie zur Erhaltung von Tierwohnstätten einzusetzen. Die Bereitstellung oder der Einsatz dieser Teile ist bei der Ermittlung der Ersatzmaßnahme zu berücksichtigen.

(4) Sind die gepflanzten Bäume, Hecken, Sträucher oder Feldgehölze bis zum Ablauf der dritten Vegetationsperiode (Oktober) nicht angewachsen, ist die Ersatzpflanzung zu wiederholen.

(5) Ist eine Ersatzpflanzung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen auf dem betreffenden Grundstück ganz oder teilweise unmöglich, so ist eine Ausgleichszahlung festzusetzen. Bei der Ermittlung der Ausgleichszahlung wird davon ausgegangen, dass ein Baum derselben Art zu pflanzen ist. Die Höhe der Ausgleichszahlung bemisst sich nach dem Wert des nachzupflanzenden Baumes (Ballenware) zuzüglich einer Pauschale für die erforderlichen Leistungen, mit denen die Ersatzpflanzung einschließlich der Pflanz- und Anwuchspflege hätte erfolgen müssen. Als Ausgleichszahlung werden entsprechend § 10 Abs.2 für jede nachzupflanzende Ersatzpflanzung 600,00 € festgesetzt. Diese ist an die Stadt Königs Wusterhausen zu entrichten. Sie ist zweckgebunden für Ersatzpflanzungen aller nach dieser Satzung geschützten Landschaftsbestandteile im Geltungsbereich dieser Satzung zu verwenden.

(6) Die Ersatzpflanzung gemäß Abs. 1 wird spätestens ein Jahr nach der Erteilung der Ausnahmegenehmigung fällig. Die Ausgleichszahlung gemäß Abs. 5 ist innerhalb von 2 Wochen nach Bestandskraft des Bescheides fällig.

(7) Die Realisierung der Ersatzpflanzungen ist der Stadt Königs Wusterhausen, unter Bezugnahme auf das Aktenzeichen des Ursprungsbescheides unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Hierbei sind die Art sowie die Pflanzgröße zu benennen. Die Pflanzstellen sind in einem beigefügtem maßstäblichen Lageplan zu kennzeichnen.

(8) Nach vorheriger Abstimmung mit der Stadt kann der Antragsteller für die Entfernung eines Baumes auf Wunsch auch unter Berücksichtigung der vorgegebenen Pflanzgrößen entsprechend § 10 Abs. 2 eine heimische Laubhecke (10 lfd. m pro Ersatzpflanzung bei 3 Pflanzen pro Meter) oder heimische Solitärsträucher (5 Stück pro Ersatzpflanzung) pflanzen. Die spätere Wuchshöhe hierbei hat mindestens 180 cm zu betragen. Analog ist bei anderen Landschaftsbestandteilen zu verfahren. Des Weiteren kann eine Fassadenbegrünung mit einheimischen Kletter- oder Rankpflanzen (25 m² pro Ersatzpflanzung) vorgenommen werden. Gleiches gilt für alle anderen Landschaftsbestandteile.

§ 11 Folgenbeseitigung

(1) Hat der Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigte oder Nutzungsberechtigte entgegen den Verboten des § 4 ohne eine Ausnahmegenehmigung nach § 8 einen geschützten Landschaftsbestandteil entfernt oder zerstört oder die Entfernung bzw. Zerstörung zugelassen, so ist er zur Ersatzpflanzung oder Leistung eines Ausgleichs nach § 10 verpflichtet.

(2) Hat der Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigte oder Nutzungsberechtigte entgegen den Verboten des § 4 ohne eine Ausnahmegenehmigung nach § 8 einen geschützten Landschaftsbestandteil geschädigt oder seinen Aufbau wesentlich verändert, ist er verpflichtet, die Schäden oder Veränderungen zu beseitigen oder zu mildern, soweit dies möglich ist. Anderenfalls ist er zu einer Ersatzpflanzung oder zur Leistung eines Ausgleichs nach § 10 verpflichtet.

(3) Hat ein Dritter einen geschützten Landschaftsbestandteil beseitigt, zerstört oder geschädigt, so ist der Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigte oder Nutzungsberechtigte zur Folgebeseitigung nach Abs. 1 und 2 bis zur Höhe seines Ersatzanspruches gegenüber dem Dritten verpflichtet.

(4) Die vorgenannten Pflichten treffen auch die Rechtsnachfolger der Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigten und Nutzungsberechtigten. Mehrere Verpflichtete haften als Gesamtschuldner.

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 39 des BbgNatSchAG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einer Anzeigepflicht nach § 2 Abs. 6, § 5 Abs. 2 Satz 2 sowie nach § 10 Abs. 8 dieser Satzung nicht, nicht richtig, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig nachkommt;
2. entgegen § 4 ohne erforderliche Ausnahmegenehmigung nach § 2 Abs. 6 und § 8 geschützte Landschaftsbestandteile beseitigt, zerstört, beschädigt oder in ihrem Aufbau wesentlich verändert, oder deren Beseitigung, Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung zulässt;
3. entgegen § 5 Abs. 2 Satz 3 den beseitigten oder beeinträchtigten geschützten Landschaftsbestandteil nicht mindestens zehn Tage zur Kontrolle bereithält;
4. im Antragsverfahren nach § 7 und § 8 unrichtige Angaben macht; nach § 9 Abs. 2 angeordnete Pflege-, Erhaltungs- oder Schutzmaßnahmen nicht, nicht richtig, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig trifft;
5. der Auflage einer Ersatzpflanzung oder einer Ausgleichsabgabe nach § 10 nicht, nicht fristgerecht oder nicht vollständig nachkommt; entgegen § 10 Abs. 3 den beseitigten geschützten Landschaftsbestandteil nicht bereitstellt; einer auf Grund dieser Satzung erlassenen vollziehbaren schriftlichen Anordnung zuwiderhandelt.

(2) Ordnungswidrigkeiten können nach § 40 BbgNatSchAG mit einer Geldbuße bis zu 65.000,00 € geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, der aus der Ordnungswidrigkeit gezogen wurde, übersteigen. Reicht der in Satz 1 genannte Betrag hierfür nicht aus, kann er überschritten werden.

(3) Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der jeweils geltenden Fassung findet Anwendung. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Bürgermeister/ die Bürgermeisterin der Stadt Königs Wusterhausen.

(4) Der als Anlage 1 beigefügte Bußgeldkatalog ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 13 Gebühren

Die Höhe der Gebühr nach § 8 Abs. 4 richtet sich nach der jeweils geltenden Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Königs Wusterhausen.

§ 14 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01.04.2022 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Baumschutzsatzung der Stadt Königs Wusterhausen vom 14.12.2015 außer Kraft.

Königs Wusterhausen, den 20.06.2022

(im Original unterzeichnet)

Michaela Wiezorek
Bürgermeisterin

- Dienstsiegel -

Anlage 1 zur Baumschutzsatzung

Bußgeldkatalog für Ordnungswidrigkeiten gemäß § 12 der Baumschutzsatzung der Stadt Königs Wusterhausen

lfd.Nr. Tatbestand	Verwarngeld	Bußgeld
1. Beseitigung, Zerstörung, irreparable Beschädigung eines nach § 2 Absatz 2. Nr. 1,2,3 und 5 geschützten Baumes pro cm Stammumfang		10,00 €

2. Beseitigung, Zerstörung, irreparable Beschädigung eines nach § 2, Absatz 2, Nr. 4. geschützten Gehölzes je m² F lächenausdehnung, bzw. pro lfm. Hecke	50 €	
3. entsprechend § 4 Abs. 1 ungenehmigte wesentliche Veränderung*1 des Aufbaues (Habitus, Stamm, Wurzeln) eines Baumes ohne zerstörerische Auswirkungen*2	55,00 €	bis 500,00 €
4. entsprechend § 4 Abs. 2. Nr. 1 und 2 Ungenehmigte Abgrabungen, Ausschachtungen oder Aufschüttungen sowie Befestigungen im Wurzelbereich je angefangenen m²	55,00 €	bis 150,00 €
5. entsprechend § 4 Abs. 2. Nr. 3 Lagerung von Baumaterialen/Erdaushub im Wurzelbereich; Baumaterial länger als eine Woche, Erdaushub länger als drei Wochen	55,00 €	bis 150,00 €
6. entsprechend § 4 Abs. 2. Nr. 4, 5 und 6 Verhinderung der natürlichen Wasserzufuhr; Eingriffe in die Standsicherheit	55,00 €	bis 100,00 €
7. Verletzung der Anzeigepflicht nach § 2 Abs. 6, § 5 Abs. 2 Satz 2 sowie nach § 10 Abs. 7	55,00 €	bis 250,00 €
8. Nichterfüllen von Auflagen nach § 10 je Ersatzeinheit	55,00 €	bis 200,00 €

*1 wesentliche Veränderung

Kronenrückschnitt im Fein- und Starkastbereich, Kopfbauabschnitt, Starkwurzelenfernung, Stammbeschädigung.

*2 ohne zerstörerische Auswirkungen

Sofern die zerstörerische Auswirkung (im Zweifel durch Gutachten eines öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen) festgestellt wird ist Nr. 1 anzuwenden.

Anlage 2 zur Baumschutzsatzung

Richtlinie zur Förderung von Baumpfleßmaßnahmen

1. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden Maßnahmen, die gemäß der Baumschutzsatzung dem Erhalt von Großbäumen auf privaten Grundstücken dienen. Als Großbäume gelten Laubbäume, deren Stammumfang mindestens 2,00 m – gemessen in einer Höhe von 1,30 m – aufweisen.

Zu den förderfähigen Maßnahmen zählen:

- a) Wiederherstellung der Verkehrssicherheit (z.B. durch Totholz-beseitigung)
- b) Pflegemaßnahmen zur Erhaltung oder Verbesserung der Baumgesundheit

Gefördert werden nur Maßnahmen, die zum Erhalt der Bäume über einen Zeitraum von mindestens 10 weiteren Jahre beitragen. Die Verkehrssicherungspflicht bleibt immer beim Baumeigentümer.

2. Antragsverfahren

Antragsberechtigt sind Eigentümer von nichtöffentlichen Grundstücken (natürliche und juristische Personen). Anträge auf Förderung sind mit dem vollständig ausgefüllten Antragsformular auf Baumfällung/ Kronenreduzierung schriftlich oder in geeigneter elektronischer Form an die Stadtverwaltung, SG Öffentliches Grün und Friedhöfe, zu richten. Dem Antrag ist ein Kostenvoranschlag der voraussichtlich ausführenden Firma beizufügen, auf dessen Grundlage die förderfähigen Kosten durch die Stadt ermittelt werden. Die Reihenfolge der Bearbeitung der Fördermittelanträge erfolgt nach Antragsdatum (Eingang in der Stadtverwaltung). Die Entscheidung über den Fördermittelantrag (Erlass eines Fördermittelbescheides) liegt im Ermessen der Stadt und richtet sich nach dem jährlich im Haushalt der Stadt

zur Verfügung stehenden Budget. Mit dem Fördermittelbescheid wird die höchstmögliche Förderung festgesetzt. Ein Anspruch auf Förderung oder Erhöhung der bewilligten Förderung besteht nicht. Die Höhe der Zuwendung beträgt 50 % der förderfähigen Kosten. Die jährliche Gesamtzuwendung beträgt maximal 1.000 € pro wirtschaftlichem Grundstück. Die jährliche Gesamtzuwendung kann mit mehreren Anträgen untersetzt werden. Die Auszahlung der Fördermittel erfolgt nach Abschluss der Maßnahme und auf Grundlage der Schlussrechnung. Der Fördermittelempfänger hat den Abschluss der Maßnahme bei der Stadt anzuzeigen und die Schlussrechnung mit Zahlungsnachweis bei der Stadt einzureichen. Die Stadt prüft die Ausführung der Leistung unter Einhaltung einschlägiger Vorschriften (FLL Baumkontrolle, Untersuchung nach ZTV Baumpflege, u.a.), berechnet den abschließenden Förderbetrag und veranlasst die Auszahlung der Fördermittel auf das Konto des Eigentümers.

3. Förderbedingungen

Mit einer Fördermaßnahme darf erst nach Erhalt des Bewilligungsbescheides begonnen werden. Anderenfalls ist eine Förderung ausgeschlossen. Die Auftragsvergabe zählt bereits als Maßnahmenbeginn. Der Fördermittelempfänger hat sicherzustellen, dass das von ihm gewählte Unternehmen über entsprechende Qualifizierungen (European Tree Worker (ETW), European Tree Technician (ETT) oder einer gleichwertigen Ausbildung / Qualifikation wie Meister des Gartenbaus, Fachrichtung Baumschule oder Landschaftsgärtner, Fachrichtung GALA-Bau mit entsprechenden Zusatzqualifikation etc.) verfügt. Ein entsprechender Nachweis muss vor Beginn der Arbeiten beigebracht werden.

4. Schlussbestimmung

Weiterführende Arbeiten, nach Abschluss der geförderten Maßnahmen, sind nur zulässig bei Eingriffen zur unmittelbaren Gefahrenabwehr, z. B. nach Sturm- oder Blitzschäden. Diese sind dem SG Öffentliches Grün und Friedhöfe vor dem Eingriff schriftlich zu melden. Andernfalls kann die Stadt die gewährte Förderung vom Empfänger oder seinem Rechtsnachfolger zurückfordern.

Bekanntmachungsanordnung

Hiermit wird die Bekanntmachung angeordnet für die vorstehende, von der Stadtverordnetenversammlung am 21.02.2022 beschlossene Baumschutzsatzung ab 2022 – Erweiterung und Anpassung (u.a. Baumschutzförderrichtlinie und Bußgeldkatalog) einschließlich Anlage 1 und 2.

Königs Wusterhausen, den 20.06.2022

(im Original unterzeichnet)

Michaela Wiezorek
Bürgermeisterin

- Dienstsiegel -

Öffentliche Zustellung gemäß § 10 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG)

Die Anschrift des nachstehenden Bescheidempfängers ist unbekannt:

Herrn René Bretschneider

zuletzt wohnhaft:
Niederlehme
Liebknechtstr. 11
15713 Königs Wusterhausen

Versuche, Schriftstücke bekannt zu geben und Ermittlungen über den Aufenthalt sind ergebnislos geblieben.

Es wird daher hiermit öffentlich zugestellt:

Bescheid vom 03. Juni 2022 mit dem Aktenzeichen „32.50.10-05/2022-GU-A“

Der Betroffene oder sein Bevollmächtigter kann den Originalbescheid bei der Stadt Königs Wusterhausen, Fachbereich „Bürgerdienste, Ordnung und Familie“, Sachgebiet „Bürgerservice und Ordnungsrecht“, Zimmer A 0.05, Schlossstraße 3, in 15711 Königs Wusterhausen einsehen.

Der Bescheid vom 03. Juni 2022 mit dem Aktenzeichen „32.50.10-05/2022-GU-A“ gilt zwei Wochen nach seiner Bekanntmachung als zugestellt. Es wird darauf hingewiesen, dass nach wirksamer Zustellung die Rechtsbehelfsfrist gemäß § 70 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) zu laufen beginnt, nach deren Ablauf Rechtsverluste eintreten können.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(im Original unterzeichnet)
Oelke

Zustellanordnung:

Hiermit wird der Bescheid vom 03. Juni 2022 an Herrn René Bretschneider, zuletzt wohnhaft Liebknechtstr. 11 in 15713 Königs Wusterhausen OT Niederlehme, AZ: 32.50.10-05/2022-GU-A, öffentlich zugestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(im Original unterzeichnet)
Oelke

Öffentliche Bekanntgabe des Landkreises Dahme-Spreewald, Kataster- und Vermessungsamt, über die Offenlegung des Liegenschaftskatasters gemäß § 17 Absatz 2 des Gesetzes über das amtliche Vermessungswesen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Vermessungsgesetz-BbgVermG) in der jeweils gültigen Fassung

In der Gemeinde: Königs Wusterhausen, Gemarkung: Niederlehme, Flur: 5, tlw. 4

wurden Arbeiten zur Verbesserung der geometrischen Genauigkeit der Liegenschaftskarte durchgeführt.

Die Arbeiten zur Verbesserung der geometrischen Genauigkeit der Liegenschaftskarte sind erforderlich, um die Qualität des Liegenschaftskatasters als öffentliches raumbezogenes Geoinformationssystem nach § 5 Absatz 1 des BbgVermG sicherzustellen. Gemäß § 17 Absatz 2 Satz 3 BbgVermG können die veränderten Teile der Liegenschaftskarte durch Offenlegung bekannt gegeben werden.

Die Offenlegung erfolgt, zu den allgemeinen Geschäftszeiten, in den Diensträumen der Katasterbehörde Dahme-Spreewald, Reutergasse 12, Erdgeschoss, Raum 151 in 15907 Lübben. Az.: 21_62_60_0047

vom 11. Juli 2022 bis 12. August 2022

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Fortführungen des Liegenschaftskatasters kann innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Landkreis Dahme-Spreewald, Reutergasse 12 in 15907 Lübben (Spreewald) schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Im Auftrag

(im Original unterzeichnet)
Kuse
-Amtsleiter-

Gebietsübersicht - Qualitätsverbesserung des Liegenschaftskatasters

Gemeinde: Königs Wusterhausen		Katasteramt: Landkreis Dahme-Spreewald
Gemarkung (Gem.-Nr.): Niederlehme (2933)	Flur: 5, tlw. 4	Archivblatt:
Erstellt am: 01.06.2022		Antrags-Nr.: 60 - 0047 / 21

Antragsgebiet



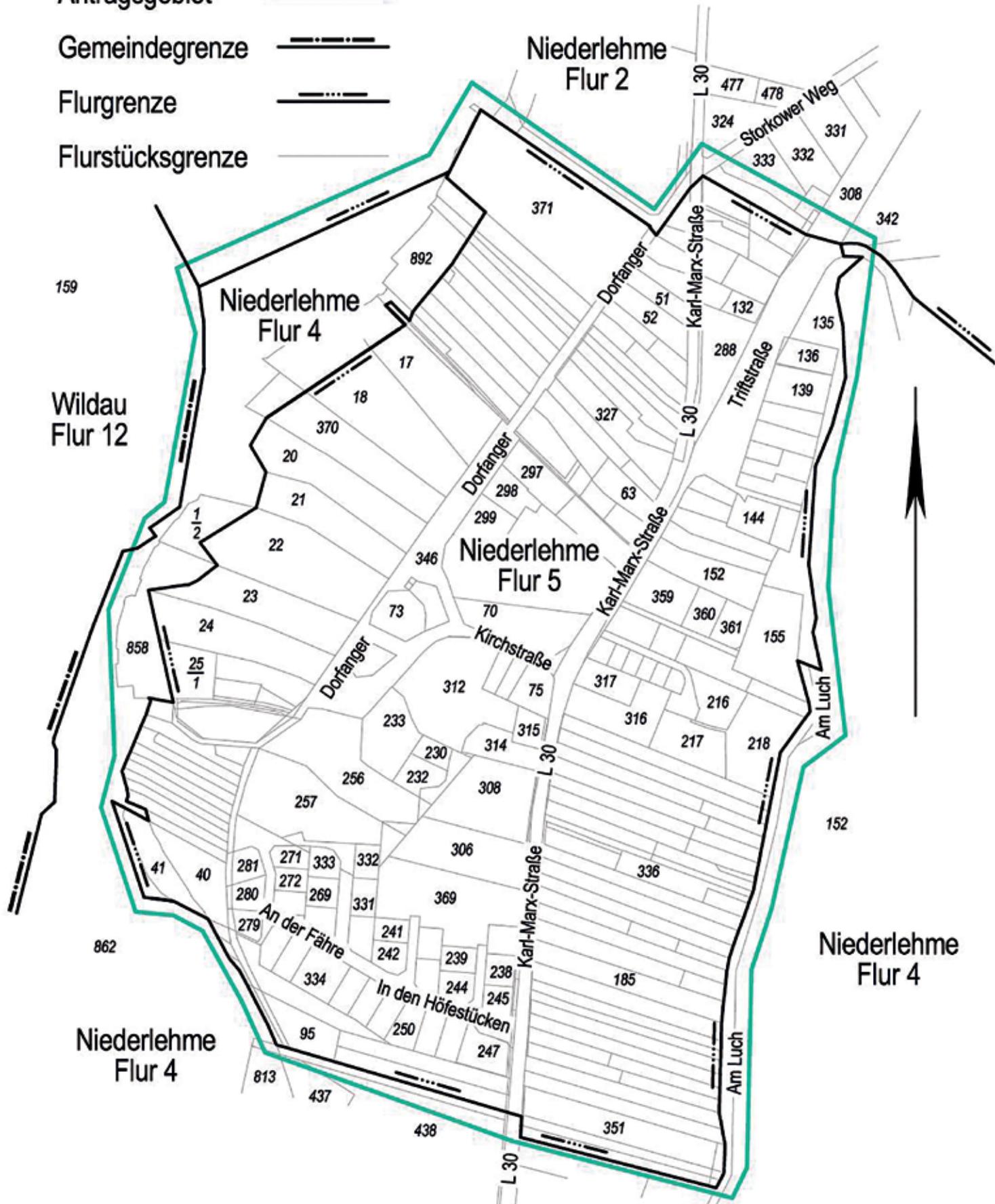
Gemeindegrenze



Flurgrenze



Flurstücksgrenze



Öffentliche Zustellung

Diplom-Ingenieure
 Ulrich Borschel und Ralph Ortloff
 Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure
 Fichtestraße 124
 15745 Wildau
 Tel. 0 33 75-50 1467
 Fax 0 33 75-5016 15
 info@borschel-ortloff.de
 www.borschel-ortloff.de

unser Zeichen **16059Z**

25.05.2022

Sehr geehrte Rechtsnachfolger der Verstorbenen:

Otto Paulick,
 Minna Neumann,
 Anna Simke,
 Frieda Prochnow
 gemäß § 1 des Verwaltungszustellungsgesetzes für das Land Brandenburg (BbgVwZG) vom 18.10.1991 (GVBl.I/91, S. 457) in der zurzeit gültigen Fassung habe ich die öffentliche Bekanntmachung einer Benachrichtigung an Sie angeordnet. Hierdurch können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen. Sie können die für Sie bestimmte Benachrichtigung bei mir unter oben angeführter Anschrift einsehen.

(im Original unterzeichnet)
 Ralph Ortloff

**Beschlüsse der öffentlichen Sitzung des
 Hauptausschusses am 13.06.2022**

90-22-065 Bauprogramm Florastraße (Alte Hauptstraße – Grünstraße) im OT Zeesen der Stadt Königs Wusterhausen – privat finanzierter Straßenbau

Der Hauptausschuss der Stadt Königs Wusterhausen beschließt:

**Bauprogramm
 für straßenbauliche Maßnahmen in der Stadt
 Königs Wusterhausen
 OT Zeesen**

– privat finanzierter Straßenbau –

**Anlage/Erschließungsanlage:
 Florastraße (Alte Hauptstraße - Grünstraße)**
 (Straße, Weg, Platz)

Einstufung: Kategorie 1 –Anliegerstraße

**Art und Umfang der Anlage/
 Erschließungsanlage:**

Bauweise: Ist-Zustand: Die o.g. Erschließungsanlage erstreckt sich über eine Länge von ca. 76 m und in einer Breite von ca. 8 m. Die **Verkehrsfläche** befindet sich derzeit in einem unbefestigten Zustand. Sie ist gekennzeichnet durch eine extrem unebene Oberfläche mit zahlreichen Schlaglöchern.

Eine geregelte **Oberflächenentwässerungsanlage** ist nicht vorhanden. Das Oberflächenwasser kann folglich nicht abfließen und verbleibt zumeist unmittelbar im Verkehrsflächenbereich. Bei Starkregenereignissen führt dies zu Pfützenbildungen und zum teilweisen Abfließen des Oberflächenwassers auf private Grundstücke.

Im Ausbaubereich ist keine **Straßenbeleuchtungsanlage** vorhanden.

Soll-Zustand:

Die o.g. Erschließungsanlage wird erstmalig endgültig als **Mischverkehrsfläche** hergestellt. Die Mischverkehrsfläche wird in Pflasterbauweise mit einer Breite von ca. 4,95 m (inkl. Tiefborde) hergestellt. Beidseitig der Mischverkehrsfläche schließen sich in einer Breite von ca. 0,50 m überfahrbare Bankette aus Schotterrassen an. Die Anbindung von der Mischverkehrsfläche in Richtung Zufahrten wird als Kantenschutz angeschottert.

Zur Sicherung der **Oberflächenentwässerung** wird einseitig der Mischverkehrsfläche/Bankette eine Versickerungsmulde ausgebildet und mit Rasenansaat begrünt.

Die **Seitenbereiche** werden bis an die Grundstücksgrenzen heran mit Mutterboden aufgefüllt, angeglichen und ebenfalls mit Rasenansaat begrünt.

Im gesamten Ausbaubereich wird die **Straßenbeleuchtungsanlage** neu errichtet. Die neue Straßenbeleuchtungsanlage wird einseitig errichtet. Hierfür wird eine neue Kabelanlage unterirdisch verlegt. Bei Unterquerungen von Fahrbahnen, Grundstückszufahrten, anderen Kabelanlagen, Gasleitungen und im Wurzelbereich der Bäume ist das Erdkabel im Schutzrohr zu führen. Insgesamt werden 2 Stahlrohrmasten, feuerverzinkt, SLF/Sonja 1, Farbe Laubgrün, Nennhöhe 5 m, gestellt. Die Bestückung der Leuchten erfolgt mit LED-Leuchtkörpern entsprechend Berechnung.

Zur Verkehrsberuhigung wird ein Pflaster-Plateau eingebaut.

Im Zuge der Baumaßnahme werden 2 Bäume gepflanzt.

Zum Schutz der Mulden werden in diesen sowie in den Einmündungsbereichen 15 Poller gesetzt.

Anlage 1 ist Bestandteil dieses Beschlusses. Die Anlagen 2, 3 und 4 sind nachrichtlich beigefügt

Ja-Stimmen 10

Materialien: Mischverkehrsfläche: 8 cm Betonsteinpflaster
4 cm Pflasterbettung
20 cm Schottertragschicht
28 cm Frostschuttschicht
ca. 60 cm Gesamtaufbau

90-22-040 Aufhebung des Beschlusses 90-21-194 „Änderung Bauprogramm Rotschwänzchenweg im OT Wernsdorf der Stadt Königs Wusterhausen – privat finanzierter Straßenbau“ vom 22.11.2021

Der Hauptausschuss der Stadt Königs Wusterhausen beschließt Folgendes:

Der Beschluss Nr. 90-21-194 „Änderung Bauprogramm Rotschwänzchenweg im OT Wernsdorf der Stadt Königs Wusterhausen – privat finanzierter Straßenbau“ wird aufgehoben.

Ja-Stimmen 10

Belastungsklasse (Bk) gemäß RStO 12: 1,0

Ausbauart: Mischprinzip

Das Bauprogramm liegt von Art und Umfang

- im Rahmen des gemäß § 2 der gültigen **Erschließungsbeitragssatzung** dargestellten beitragsfähigen Erschließungsaufwandes, beitragsfähig nach BauGB
- hier:
 - Mischverkehrsfläche
 - Oberflächenentwässerung
 - Straßenbeleuchtung

Zusätzliche Festlegung(en):

Die Finanzierung der erstmaligen Herstellung der Mischverkehrsfläche, der Oberflächenentwässerung und der Straßenbeleuchtung erfolgt gemäß Verwaltungsvorschrift 2016 zum privat finanzierten Straßenbau.

Zwischen der Stadt Königs Wusterhausen und der bauausführenden Firma B & K Verkehrs- und Wirtschaftswegebau GmbH, 15910 Bersteland (Erschließungsträger), wird ein Erschließungsvertrag (Vorfinanzierungsvertrag) vorbereitet.

Parallel wurden zwischen dem Erschließungsträger und den Grundstückseigentümern privatrechtliche Kostenübernahmevereinbarungen geschlossen. Der Erschließungsvertrag wird erst dann geschlossen, wenn alle Grundstückseigentümer, gemäß Kostenübernahmevereinbarung, ihren Kostenanteil auf ein separates Konto der Stadt eingezahlt haben.

Die Stadt überwacht die planmäßige Durchführung der Baumaßnahme und refinanziert dem Erschließungsträger gemäß Erschließungsvertrag seine finanziellen Aufwendungen nach Baufortschritt und auf Grundlage seiner Rechnungslegung.

Mit der 100%igen Übernahme der Gesamtbaukosten für die erstmalig endgültige Herstellung der Mischverkehrsfläche und der Oberflächenentwässerungseinrichtung durch die Grundstückseigentümer, gelten die Erschließungsbeiträge für diese Teileinrichtungen, gemäß BauGB, als dauerhaft abgegolten.

Voraussichtlicher Baubeginn: II. Quartal 2022

Voraussichtliches Bauende: III. Quartal 2022

Gesamtwertumfang für die Teil einrichtungen Mischverkehrsfläche, Oberflächenentwässerung, Straßenbeleuchtung und Baupflanzungen gemäß Angebot des Erschließungsträgers:

51.508,56 € Brutto (Festpreis)

Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 13.06.2022

17-22-103 Genehmigung des Gesellschafterbeschlusses des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 der Wärmeversorgungsgesellschaft Königs Wusterhausen mbH Königs Wusterhausen
Ja-Stimmen 11

17-22-104 Genehmigung des Gesellschafterbeschlusses Nr. 01/2022 über den Jahresabschluss zum 31.12.2021 der Entwicklungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Königs Wusterhausen
Ja-Stimmen 11

17-22-105 Genehmigung des Gesellschafterbeschlusses Nr. 02/2022 über den Jahresabschluss zum 31.12.2021 der Entwicklungsgesellschaft mbH & Co.KG Königs Wusterhausen
Ja-Stimmen 11

17-22-106 Genehmigung des Gesellschafterbeschlusses Nr. 02/2022 über den Jahresabschluss zum 31.12.2021 der Wohnungsbaugesellschaft mbH Königs Wusterhausen
Ja-Stimmen 11

17-22-107 Genehmigung des Gesellschafterbeschlusses Nr. 02/2022 über den Jahresabschluss zum 31.12.2021 der LUTRA GmbH
Ja-Stimmen 11

40-22-075 Vergabe nach VgV; Beförderung von Schüler/innen zum Schulschwimmen
Ja-Stimmen 11

65-22-076 Vergabe nach VOB; Stadt Königs Wusterhausen, Umnutzung von Räumen der GOST, Elektroinstallationsarbeiten und Ausstattung
Ja-Stimmen 11

65-22-110 Vergabe nach VOB; Stadt Königs Wusterhausen, Dachsanierung Busch-Bredow-Schule, Bauteil A und B; 2022-078-Ö
Ja-Stimmen 11

67-22-111 Vergabe nach VOB; Stadt Königs Wusterhausen, Baumpflege für die Gebiete Niederlehme, Wernsdorf, Neue Mühle; 2022-70-B
Ja-Stimmen 11

**Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 23.05.2022**

66-22-099 Vergabe nach VOB; Stadt Königs Wusterhausen,
Straßenbau „Lindenweg“ und „Zum langen Berg“
OT Zernsdorf; 2022-077-Ö
Ja-Stimmen 10

**Beschlüsse der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates
Diepensee am 10.05.2022**

10-21-217 Verwendung des Ortsteilbudgets Diepensee 2022

Der Ortsbeirat Diepensee beschließt Folgendes:

Begünstigter	Betrag
Anschaffung eines Entenhauses	800,00 € (beschlossen am 04.01.2022)
Änderung des Beschlusses vom 04.01.2022 (Reduzierung des Betrages) Anschaffung eines Entenhauses	600,00 €
Blumen und Präsentationsmittel Ortsbeirat	200,00 €

Ja-Stimmen 3

**Einladung der Jagdgenossenschaft Senzig und der
Angliederungsgenossenschaft Senzig Flur4 zur
Genossenschaftsversammlung**

Hiermit werden alle Eigentümer von Grundflächen, die zum Jagdbezirk der Jagdgenossenschaft Senzig und der Angliederungsgenossenschaft Senzig Flur 4 gehören und auf denen die Jagd ausgeübt werden darf, zur Genossenschaftsversammlung

**am Mittwoch, den 03.08.2022 um 18:00 Uhr
in das „Restaurant Anne“, Werftstraße 5 in Senzig**

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Jagdpachtvertrag
2. Beschluss über die Übernahme der Kosten der Versammlung
3. Bericht der Kassenführerin und der Rechnungsprüfer sowie Beschluss über Entlastung der Kassenführerin und des Vorstands für das Jagdjahr 2021/2022
4. Beschluss über den Haushaltsplan 2022/2023
5. Beschluss über die Auszahlung des Reinertrages für das Jagdjahr 2021/22 nach Schlüssel der Kassenführerin
6. Bericht des Jagdpächterobmann
7. Sonstiges

Der Vorstand bittet zur Versammlung ggf. notwendige Vollmachten und – wenn noch nicht geschehen – aktuelle Grundbuchauszüge mitzubringen.

Senzig, Juni 2022

(im Original unterzeichnet)

Jörg Schmidt
Jagdvorsteher der Jagdgenossenschaft Senzig

Nichtamtlicher Teil

Klappbrücke über den Nottekanal ist geöffnet



Die neue Klappbrücke über den Nottekanal ist für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen geöffnet. Damit besteht wieder eine weitere wichtige Zuwegung in die Innenstadt. Der Oberbau der Brücke besteht nun nicht mehr aus Holz, sondern aus einer langlebigeren Stahlkonstruktion. Da wegen der Lieferengpässe der vergangenen Monate noch nicht alle Arbeiten komplett abgeschlossen sind, muss die Klappbrücke demnächst noch einmal gesperrt werden. Dies passiert aber in kurzen Intervallen. Eine längere Komplettsperrung ist derzeit nicht mehr vorgesehen.

Wahl des Seniorenbeirates

Sie haben Lebenserfahrung und wollen in Ihrer Freizeit aktiv die Stadt mitgestalten? Dann kandidieren Sie doch für den Seniorenbeirat. Mitglied können Einwohnerinnen und Einwohner werden, die am Tage der Wahl mindestens das 55. Lebensjahr vollendet haben und die nicht Mitglied der Stadtverordnetenversammlung sind.

Der Seniorenbeirat vertritt die Interessen der älteren Bevölkerung. Das Gremium kann ein beratendes Mitglied in die Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung entsenden, um bei geplanten Maßnahmen in der Stadt die Bedarfe der Seniorinnen und Senioren zu artikulieren. Als Beirat kann er darüber hinaus zu Maßnahmen und Beschlüssen, die Auswirkungen auf seinen Aufgabenbereich haben, Stellung gegenüber der Stadtverordnetenversammlung und gegenüber den Ortsbeiräten nehmen. Mitglieder sollten daher Interesse an der Stadtpolitik sowie der künftigen Entwicklung der Stadt haben. Eine gute Kommunikationsgabe und Konfliktfähigkeit sind von Vorteil.

Interessierte senden bitte ihre Bewerbung unter Angabe von Vorname, Name, Anschrift und Geburtsdatum mit kurzer Darstellung (etwa eine halbe DIN A4 Seite) ihres Lebenslaufes an die

Stadt Königs Wusterhausen
Allgemeine Verwaltung
Schlossstraße 3
15711 Königs Wusterhausen

oder per E-Mail an: agv@stadt-kw.de

Bei der dann erfolgenden Wahl sollen die Bewerberinnen und Bewerber anwesend sein. Sie dürfen mitbestimmen, wer Mitglied und wer Ersatz-

mitglied werden kann. Die 15 Bewerberinnen und Bewerber mit den meisten Stimmen können den zukünftigen Seniorenbeirat bilden, die mit nachfolgend geringerer Stimmenzahl stellen die Ersatzmitglieder dar. Für dieses der Berufung der Mitglieder vorgelagerte Wahlverfahren können die in der Stadt ansässigen Wohlfahrtsverbände oder sonstigen Einrichtungen, die mit Seniorinnen und Senioren arbeiten, auf je 50 Mitglieder eine Delegierte oder einen Delegierten entsenden. Die Delegierten, die ebenfalls mindestens 55 Jahre alt sein müssen, sind an die oben genannten Adressen unter Angabe von Name, Anschrift und Geburtsdatum zu melden.

Die zukünftigen Mitglieder und Ersatzmitglieder werden in der nächstmöglichen Stadtverordnetenversammlung berufen, nachdem die Bürgermeisterin sie vorgeschlagen hat. Mit der Berufung des neuen Seniorenbeirates endet die Wahlperiode des derzeit amtierenden Gremiums.

Anträge für den Innenstadtfonds können ab sofort gestellt werden

Anträge für den Innenstadtfonds der Stadt Königs Wusterhausen können ab sofort gestellt werden. Für Projekte und Maßnahmen in der Förderkulisse des Städtebauförderprogramms „Lebendige Zentren“ können sich interessierte Gewerbetreibende, Vereine, Privatpersonen und Akteurinnen und Akteure um einen finanziellen Zuschuss aus dem Innenstadtfonds bewerben. Ein Antragsformular ist auf der Internetseite der Stadt Königs Wusterhausen unter www.koenigs-wusterhausen.de im Bereich „Stadtentwicklung“ / „Städtebauförderung Lebendige Zentren“ zu finden.

Erziehungs- und Familienberatungsstelle an neuem Standort

Die Erziehungs- und Familienberatungsstelle (EFB) Königs Wusterhausen ist umgezogen. Familien, Kinder und Jugendliche, Eltern und Paare finden sie ab sofort im Evangelischen Gemeindezentrum (Schlossplatz 5, 15711 Königs Wusterhausen).

Durch den Umzug in die sanierten, barrierefreien Räume des Pfarrgebäudes können die Mitarbeitenden der EFB Königs Wusterhausen neben den Beratungs- und Therapieangeboten bereits etablierte Angebote fortführen. Dazu zählen „Kinder im Blick“ (Kurs für Eltern in Trennung), eine Gruppe für Kinder in Trennungs- und Scheidungssituationen oder das Schwangerefrühstück. Außerdem können sie das Elterncafé, den Papatreff oder Fachabende zu bestimmten Themen anbieten. Auch werden die Synergien mit der Jugendarbeit oder der Arbeit mit Kindern in der Kirchengemeinde vor Ort genutzt.

Kontakt zur Erziehungs- und Familienberatungsstelle (EFB) Königs Wusterhausen:

efb-kw@diakoniewerk-simeon.de; Telefon: 03375 21150.

Königs Wusterhausen mit seinen acht Ortsteilen ist die größte Stadt im Landkreis Dahme-Spreewald. Sie liegt im wald- und gewässerreichen Dahme-Seengebiet und ist aufgrund der unmittelbaren Nähe zu Berlin ein facettenreicher Standort für Bildung, Kultur und Gesundheit. Aufgrund der ausgezeichneten Infrastruktur zieht sie kleine und mittelständische Unternehmen an und erfreut sich auch als Wohnort und Ausflugsziel am Rande der Hauptstadt großer Beliebtheit.



Die Stadt Königs Wusterhausen vergibt jedes Jahr jeweils ab dem 01. September

Ausbildungsplätze zur / zum Vewaltungsfachangestellten (m/w/d)

Wir bieten Ihnen:

- eine vielfältige und abwechslungsreiche Ausbildung,
- eine attraktive Vergütung (TvAöD-BBiG VKA Ost),
- Möglichkeit der Übernahme nach bestandener Abschlussprüfung,
- flexible Arbeitszeiten,
- Fahrkostenzuschüsse,
- Leistungen nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, z.B. Jahressonderzahlung, Zusatzversorgung, VWL-Zuschuss, Abschlussprämie, u.a.

Das erwartet Sie:

- Einblicke in die verschiedenen Bereiche einer Kommunalverwaltung, z.B. Haushalt, Bürgerservice, Allgemeine Verwaltung, Personal, Bildung und Familie, Ordnung und Sicherheit u.a.,
- Erlernen der wesentlichen Aufgaben und Rechtsvorschriften,
- Anwendung der entsprechenden Dienstordnungen und Vorschriften,
- Erlernen der Arbeitsmethoden der Sachbearbeitung, z.B. Verfassen von Briefen und Bescheiden.

Das bringen Sie mit:

- einen guten Abschluss der Fachoberschulreife bzw. der Hoch- oder Fachschulreife,
- gute Noten in Deutsch und Mathematik
- eine gute Allgemeinbildung,
- sicherer Umgang mit üblichen Officeprogrammen,
- Motivation, Kommunikationsfähigkeit,
- die Fähigkeit zur selbständigen wie auch kooperativen Arbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Weitere Infos unter www.koenigs-wusterhausen.de unter der Rubik „Ausbildung bei der Stadt“.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!

Sie haben noch Fragen? Dann kontaktieren Sie uns gern unter personal@stadt-kw.de

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, dann richten Sie bitte Ihre aussagekräftige Bewerbung (einschließlich Kopien der letzten beiden Schulzeugnisse, Praktikumsnachweise und -beurteilungen) an

bewerbungen@stadt-kw.de oder an die

Stadt Königs Wusterhausen
SG Personal / Organisation
 Schloßstraße 3,
 15711 Königs Wusterhausen

